

Vorbericht zum Nachtragshaushalt 2004

Der Nachtragshaushalt trägt den Änderungen gegenüber der ursprünglichen Planung in Verwaltungs- und Vermögenshaushalt Rechnung. Gem. § 98 HGO wird deshalb eine Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2004 erlassen. Im Nachtragshaushalt sind entsprechend § 33 GemHVO alle erheblichen Änderungen aufgenommen, die gegenüber der ursprünglichen Planung eingetreten sind.

1. Verwaltungshaushalt

Die Einnahmen des Verwaltungshaushalts von 226.376.700 € verändern sich durch Mehreinnahmen von 16.817.770 € und Mindereinnahmen von 9.480.380 € saldiert auf 233.714.090 €.

Die Ausgaben verändern sich demgegenüber von 507.742.860 € durch Mehrausgaben von 10.318.400 € und Minderausgaben 37.989.410 € saldiert auf 480.071.850 €.

Der Gesamtfehlbetrag des Haushalts vermindert sich dadurch von 281.366.160 € auf 246.357.760 €.

Der periodenbezogene Fehlbetrag, der aus dem Haushaltsplan 2004 resultiert, wurde von 56.770.410 € um 4.597.750 € auf 52.172.660 € vermindert.

Einnahmen

Grundsteuer A + B

Das Grundsteueraufkommen (B) für 2004 wurde nach dem zu erwartenden Rechnungsergebnis um 200.000 € nach unten korrigiert. Der neue Ansatz beträgt nunmehr 16.500.000 €.

Gewerbesteuer

Der Ansatz der Gewerbesteuereinnahmen konnte aufgrund der positiven Entwicklung von bisher 40 Mio € auf 50 Mio € angehoben werden.

Einkommensteuer und Umsatzsteuer

Der Anteil der Einkommenssteuer musste nach unten korrigiert werden, von bisher 43.660.000 € auf nunmehr 37.500.000 €.

Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb

Insgesamt sind hier saldierte Mehreinnahmen von 1.311 T € zu verzeichnen. Es handelt sich hauptsächlich um die Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden (365 T €) und die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom Land (882 T €), hierunter unter anderem die Zuweisung wegen überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit mit 682 T € (laut neuestem Bescheid) sowie Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz (GSiG) in Höhe von 206 T €.

Sonstige Finanzeinnahmen

Diese Einnahmeart erhöhte sich saldiert um 3.966 T €. Eine wesentliche Erhöhung (3 Mio €) ergab sich bei den Erstattungen nach §104 SGB X/Wohngeld/Tabellen Wohngeld (Mehreinnahmen aufgrund aktueller Prognose unter Berücksichtigung noch umzustellender Grundsicherungsfälle) und den Nachzahlungszinsen in Höhe von 950 T €.

Ausgaben

Personalausgaben

Im Wesentlichen unverändert. Es gab lediglich kleinere Veränderungen im Bereich der „Externen Personalkosten“.

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand

Saldiert entstanden Minderausgaben von rd. 34 T €. In einigen Bereichen entstand ein erhöhter Bedarf für Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sonst. Gebrauchsgegenstände (+ 56 T €), Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (+ 69 T €), weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben (+128 T €) und Steuern und Geschäftsausgaben (+ 225 T €). Die Mehrausgaben werden durch Mehreinnahmen bei den Erstattungen von Verwaltungs- und Betriebsausgaben an unternehmerische und übrige Bereiche erheblich reduziert

Zuweisungen und Zuschüsse

Die Zuweisungen und Zuschüsse (nicht für Investitionen) erhöhen sich um 3,6 Mio €. Es handelt sich hierbei überwiegend um einen Anstieg der Ausgaben im Bereich der Sozialhilfe. Die extremen Steigerungen liegen überwiegend bei folgenden Haushaltsstellen:

Einmalige Leistungen an Empfänger einmaliger Leistungen (+ 1 Mio €)

Vollstationäre Heimpflege Gr. 1 – 3 (+ 675 T €)

Besonderer Mietzuschuß (+ 1,4 Mio €)

Laufende Grundsicherungsleistungen a.v.E. (+ 718 T €)

Der Hauptgrund hierfür sind gestiegene Fallzahlen in diesen Bereichen infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Lage.

Weitere Verschiebungen gab es hier bei einer Vielzahl von Haushaltsstellen.

Sonstige Finanzausgaben

Die sonstigen Finanzausgaben reduzieren sich um 31,2 Mio €. Die wesentliche Veränderung ergab sich aus der Fortschreibung der Altfehlbeträge entsprechend dem Rechnungsergebnis 2003 in Höhe von – 30,4 Mio € und der um 2 Mio € verminderten Verbandsumlage an den LWV Hessen, diese werden gemindert durch die erforderliche Anpassung der Zuführung zum Vermögenshaushalt um + 1,2 Mio €.

2. Vermögenshaushalt

Das Volumen des Vermögenshaushaltes 2004 erhöht sich im Saldo von 76.192.330 € um 446.650 € auf 76.638.980 €.

Wesentliche Veränderungen des Vermögenshaushaltes sind nachstehend aufgeführt.

Einnahmen

Die Einnahmen des Vermögenshaushaltes erhöhen sich im Bereich der Allgemeinen Finanzwirtschaft um 2,8 Mio . Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt wird u.a. für die Erhöhung der ordentlichen Tilgung um 1,2 Mio € angehoben. Aufgrund der nun vorliegenden Bescheide des Hessischen Ministeriums der Finanzen wird die Investitionspauschale um 290 T € und die Schulbaupauschale um 543 T € angehoben.

Die Förderung der Investitionen im Rahmen des Bundesprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ (Ganztagsschulprogramm) wurde reduziert um 1 Mio € analog der Ausgaben in diesem Bereich. Weitere Reduzierungen ergaben sich bei den Erlösen aus Grundstückverkäufen (-1,1 Mio €, Anpassung an aktuellen Stand) und den Gemeindestraßen aus Zuwendungen nach FAG und GVFG (- 1,9 Mio €) teilweise bedingt durch Verschiebung der Maßnahmen.

Ausgaben

Aufgrund einer aktualisierten Planung laut Baufortschritt der Sanierung der Deponie Grix ist hier eine Erhöhung um 1 Mio € notwendig. Für den Schulbau (Sanierung) sind Mehrausgaben von 1,9 Mio € mehr erforderlich, diesen stehen allerdings Reduzierungen in Höhe von 3,8 Mio € für das Ganztagsschulprogramm (s. auch Einnahmen) gegenüber. Eine Bedarfsermittlung der EEG für die Entwicklung Waldheim Süd führt zur Erhöhung der Mittel um 1,5 Mio €. Die Tilgung von Krediten konnte um 1 Mio € erhöht werden.

Kreditaufnahmen

Der Kreditbedarf des Nachtragshaushalts 2004 vermindert sich gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplan um 415 T€. Grund ist die Verminderung der Investitionspauschale Schulen (lt. Bescheid des Hessischen Ministeriums der Finanzen) um 43 T € und des Darlehen aus dem Hess. Investitionsfonds A für das Seniorenzentrum „Am Hessenring“ (Verschiebung) um 371.990 €.

Im Nachtragshaushaltsplan ist der Kreditbedarf (ohne Umschuldung) jetzt mit 7.671.610 € ausgewiesen.

Verpflichtungsermächtigungen

Die Verpflichtungsermächtigungen wurden von insgesamt 11.780.400 € um 439.400 € auf nunmehr 11.341.000 € reduziert.

Investitionsprogramm

unverändert

Kassenlage

Die Liquidität der Stadtkasse im Haushaltsjahr 2004 ist durch die Inanspruchnahme von Kassenkrediten gewährleistet.

Erläuterung der veränderten Ansätze

Wie bereits oben ausgeführt, sind die meisten der Veränderungen in Verwaltungs- und Vermögenshaushalt auf eine neue zeitnahe Berechnung bzw. Schätzung der Ansätze zurückzuführen. Soweit Beschlüsse oder besondere Umstände die Anpassung der Haushaltspositionen erforderlich machten, ist dies im vorstehenden Bericht oder in Einzelerläuterungen zu den betreffenden Haushaltsstellen dargestellt.

Offenbach am Main, den
Dezernat I

Grandke
Oberbürgermeister